



# Einladung

Stadt Erlangen

## Rechnungsprüfungsausschuss

2. Sitzung • Donnerstag, 05.07.2012 • 16:00 Uhr • Kleiner Sitzungssaal, Rathaus

### Öffentliche Tagesordnung - 16.00 Uhr

Inhaltsverzeichnis  
siehe letzte Seite(n)

1. Mitteilungen zur Kenntnis
- 1.1. Querschnittsprüfung bzgl. ex-ante- und ex-post-Veröffentlichungspflichten bei Beschränkten VOB-Ausschreibungen 14/105/2012  
Kenntnisnahme
- 1.2. Neufassung der Analyse über das Gefährdungspotential bei der Stadt Erlangen im Hinblick auf Begünstigung, Korruption und ähnliche Handlungen (Korruptionsgefährdungsanalyse) 14/104/2012  
Kenntnisnahme
2. Übertragung und Verwendung des Budgetergebnisses 2011 des Amtes 14  
14/094/2012  
Beschluss
3. Prüfung im Personal- und Organisationsamt - Beihilfecenter - 14/095/2012  
Beschluss
4. Prüfung in der Gehaltsstelle des Personal- und Organisationsamtes 14/097/2012  
Beschluss
5. Prüfung im Standesamt - Friedhofs- und Bestattungswesen 14/098/2012  
Beschluss
6. Vorprüfung der Schlussrechnung 2011 des Amtes für Arbeit, Soziales und Wohnen und der GGFA AöR für das Bundesministerium für Arbeit und Soziales 14/102/2012  
Beschluss
7. Örtliche Prüfung des Jahresabschlusses des Entwässerungsbetriebes (EBE) für das Wirtschaftsjahr 2011 14/103/2012  
Beschluss
8. Betätigungsprüfung bei der Erlanger Stadtwerke AG (EStW AG) - Geschäftsjahre 2008 bis 2010 - 14/099/2012  
Beschluss
9. Anfragen

### Nicht öffentliche Tagesordnung

- siehe Anlage -

Ich darf Sie hiermit zu dieser Sitzung einladen.

Erlangen, den 25. Juni 2012

**STADT ERLANGEN**

gez. Robert Thaler

Vorsitzender des Rechnungsprüfungsausschusses

Falls Tagesordnungspunkte dieser Sitzung aus Zeitgründen auf den nächsten Termin verschoben werden müssen, bitten wir Sie, die entsprechenden Unterlagen aufzubewahren und erneut mitzubringen.

**Die Sitzungsunterlagen können auch unter [www.ratsinfo.erlangen.de](http://www.ratsinfo.erlangen.de) abgerufen werden.**

## Mitteilung zur Kenntnis

Geschäftszeichen:  
OBM/14

Verantwortliche/r:  
Rechnungsprüfungsamt

Vorlagennummer:  
14/105/2012

### Querschnittsprüfung bzgl. ex-ante- und ex-post-Veröffentlichungspflichten bei Beschränkten VOB-Ausschreibungen

Beratungsfolge	Termin	N/Ö	Vorlagenart	Abstimmung
Rechnungsprüfungsausschuss	05.07.2012	Ö	Kenntnisnahme	

#### Beteiligte Dienststellen

#### I. Kenntnisnahme

Der Bericht der Verwaltung dient zur Kenntnis.

#### II. Sachbericht

In der Anlage wird der Prüfungsvermerk zur Querschnittsprüfung bzgl. ex-ante- und ex-post-Veröffentlichungspflichten bei Beschränkten VOB-Ausschreibungen vom 15.05.2012 zur Kenntnis gebracht. Die Prüfung hatte Elemente sowohl einer nachgehenden als auch einer begleitenden Prüfung und diente auch der Beratung und Unterstützung der betroffenen Dienststellen.

Da es sich bei den Veröffentlichungspflichten nicht nur um rechtliche Vorgaben handelt, sondern auch wichtige Aspekte wie Wettbewerb, Transparenz und Korruptionsprävention betroffen sind, erfolgte eine Befassung mit dieser Thematik durch die Rechnungsprüfung.

**Anlagen:** Prüfungsvermerk vom 15.05.2012

III. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

IV. Zum Vorgang

## Prüfungsvermerk zur Querschnittsprüfung ex-ante und ex-post-Veröffentlichungspflichten Beschränkter VOB-Ausschreibungen

---

- I. Mit Auslauf der Vergabeerleichterungen des Konjunkturpaketes II zum 30.6.2011 entfielen auch die Erleichterungen hinsichtlich der Veröffentlichungspflichten bei Beschränkten VOB-Ausschreibungen<sup>1</sup>. Das Rechnungsprüfungsamt nahm dies zum Anlass die o.g. Querschnittserhebung durchzuführen.

Rechtsgrundlage der geltenden Veröffentlichungspflichten sind die §§ 19 (5) und 20 (3) der VOB/A, die ab einer geschätzten bzw. tatsächlichen Auftragssumme von 25.000,- € netto eine Veröffentlichung vor der Angebotsaufforderung (ex-ante) bzw. nach der Auftragserteilung (ex-post) vorschreiben. Die städtischen Vergaberichtlinien legen ergänzend als Ort der Veröffentlichung das Internetportal [www.bund.de](http://www.bund.de) fest. Die Fragestellung war, in wie weit die geänderten rechtlichen Anforderungen in der Vergabepraxis umgesetzt worden waren.

Gegenstand der Querschnittsprüfung waren Beschränkte VOB-Ausschreibungen im Zeitraum vom 1. Juli (Versand der Unterlagen) bis 31. Dezember 2011 (Submissionstermin).

Der Kerndatensatz wurde durch Auswertung des Submissionskalenders der zentralen Submissionsstelle erhoben. Ergänzende Daten (geschätzte Auftragssumme, tatsächliche Auftragssumme, Versand der Unterlagen, getätigte Veröffentlichungen) wurden von den insgesamt 5 Vergabestellen (Amt 24, Amt 31, Amt 66, EB77, EBE) angefordert.

### 1 Ergebnis

Im vorgenannten Zeitraum wurden **insgesamt 57 Beschränkte Ausschreibungen** durchgeführt.

Bei 30 Ausschreibungen (von diesen 57) wäre auf Grund der geschätzten Auftragssumme eine **ex-ante-Veröffentlichung** erforderlich gewesen. Tatsächlich veranlasst wurden jedoch nur 7, d.h. **23%** der erforderlichen Veröffentlichungen. Die Verteilung in den einzelnen Vergabestellen erwies sich uneinheitlich mit **0%|0%|0%|8%|86%**.

Bei 23 der insgesamt 57 Ausschreibungen wäre eine ex-post-Veröffentlichung erforderlich gewesen. Tatsächlich veranlasst wurden nur 12, d.h. **52%** der erforderlichen Veröffentlichungen. Die Verteilung in den Vergabestellen zeigt sich ebenso uneinheitlich mit **0%|42%|50%|60%|100%**. Darüber hinaus wurde bei der Mehrzahl der ex-post-Veröffentlichungen die vorgeschriebene Veröffentlichungsdauer von 6 Monaten nicht eingehalten.

Bei den Vorschriften zu den Veröffentlichungspflichten handelt es sich um originäre VOB-Vorschriften. Nachhaltige Verstöße dürften bei Zuschussmaßnahmen somit nicht folgenlos bleiben. Das Rechnungsprüfungsamt empfiehlt dringend organisatorische und qualitätssichernde Maßnahmen zu ergreifen um zukünftig die Einhaltung der Veröffentlichungspflichten sicherzustellen.

### 2 Rechtslage ab 1.1.2012

Mit Wirkung zum 1.1.2012 wurde vom Staatsministerium des Innern eine Änderung der verbindlichen Vergabegrundsätze nach § 30 (2) KommHV-Doppik erlassen. Die erforderliche Anpassung der Vergaberichtlinien erfolgt derzeit durch Amt 30. Bis dahin gelten die erlassenen Neuerungen unmittelbar. Diese sehen insbesondere **zusätzliche flankierende Maßnahmen und erweiterte Veröffentlichungspflichten zur Gewährleistung von Wettbewerb und Transparenz** vor.

---

<sup>1</sup> Auslauf der vorübergehenden Anhebung der Wertgrenzen gem. Stadtratsbeschluss vom 28.07.2011

Das Rechnungsprüfungsamt hat eine Zusammenstellung der wesentlichen, über die geltenden Vergaberichtlinien hinausgehenden Vorschriften als Mitteilung an die technischen Fachbereiche herausgegeben. Bis zum Inkrafttreten der überarbeiteten Vergaberichtlinien wird deren Beachtung dringend empfohlen.

- II. Ämter 24, 31, 66, EB77 und EBE z.K.
- III. Kopie Ref. III und Ref. VI z.K.
- IV. Kopie OBM z.K.
- V. Kopie als MzK in den RPA am 5.7.2012
- VI. Kopie 14/AL und 14/SU001 z.A.

i.A.

Steinwachs

Anlage: Tabellarische Zusammenstellung der Auswertung

**Auswertung der Erhebung Beschränkte Ausschreibungen im Zeitraum vom 01.07.2011 (Versand der Unterlagen) bis 31.12.2011 (Submissionstermin)**

	24	31	66	EB77	EBE	Summen
Beschränkte Ausschreibungen gesamt	34	3	3	10	7	57
davon erforderliche <b>Ex-ante</b> Veröffentlichungen	13	2	3	7	5	30
durchgeführte Ex-ante-Veröffentlichungen	1	0	0	6	0	7
%-Anteil wahrgenommener Veröffentlichungspflichten	8%	0%	0%	86%	0%	23%
davon erforderliche <b>Ex-post</b> -Veröffentlichungen	12	1	2	5	3	23
durchgeführte Ex-post-Veröffentlichungen	5	0	1	3	3	12
%-Anteil wahrgenommener Veröffentlichungspflichten	42%	0%	50%	60%	100%	52%

## Mitteilung zur Kenntnis

Geschäftszeichen:  
OBM/14

Verantwortliche/r:  
Anti-Korruptionsbeauftragter

Vorlagennummer:  
14/104/2012

### Neufassung der Analyse über das Gefährdungspotential bei der Stadt Erlangen im Hinblick auf Begünstigung, Korruption und ähnliche Handlungen (Korruptionsgefährdungsanalyse)

Beratungsfolge	Termin	N/Ö	Vorlagenart	Abstimmung
Rechnungsprüfungsausschuss	05.07.2012	Ö	Kenntnisnahme	

#### Beteiligte Dienststellen

#### I. Kenntnisnahme

Der Bericht der Verwaltung dient zur Kenntnis.

#### II. Sachbericht

Erstmals im Jahr 2004 hat das Rechnungsprüfungsamt die Stadtverwaltung auf etwaiges Gefährdungspotenzial im Hinblick auf Begünstigung, Korruption und ähnliche Handlungen untersucht. Ziel der so entstandenen Korruptionsgefährdungsanalyse war und ist es, potenziell gefährdete Bereiche zu identifizieren, die dortige Mitarbeiterschaft zu sensibilisieren und – falls nötig und möglich – Gegenmaßnahmen zu realisieren.

Die Korruptionsgefährdungsanalyse wurde in den folgenden Jahren regelmäßig fortgeschrieben und erscheint nun in der 4. Fassung. Um dem Gedanken der Transparenz und Offenheit Rechnung zu tragen, haben alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter stets über das städtische Intranet Zugriff auf die Analyse. Bei jeder Neufassung wurden zudem sämtliche städtischen Ämter beteiligt.

Die Analyse wurde vor einigen Jahren dem Bayerischen Städtetag zur Verfügung gestellt, wird seitdem immer wieder von interessierten Kommunen angefordert und ist somit auch überregional auf Interesse gestoßen. Sie war zudem „Herzstück“ der Bewerbung des Rechnungsprüfungsamtes beim Internationalen Speyerer Qualitätswettbewerb der Deutschen Universität für Verwaltungswissenschaften in Speyer im Fachgebiet Korruptionsprävention im Jahre 2005.

Aufgrund des Umfangs der Korruptionsgefährdungsanalyse kann diese sinnvoll nur elektronisch zur Verfügung gestellt werden (siehe beigefügte CD-ROM). Eine benutzerfreundliche Darstellung ermöglicht auch der eiligen Leserschaft, sich rasch einen Überblick zu verschaffen.

**Anlagen:** CD-ROM

III. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

IV. Zum Vorgang

## Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:  
OBM/14

Verantwortliche/r:  
Rechnungsprüfungsamt

Vorlagennummer:  
14/094/2012

### Übertragung und Verwendung des Budgetergebnisses 2011 des Amtes 14

Beratungsfolge	Termin	Ö/N	Vorlagenart	Abstimmung
Rechnungsprüfungsausschuss	05.07.2012	Ö	Beschluss	

#### Beteiligte Dienststellen

#### I. Antrag

- Dem bereinigten Gesamtbudgetergebnis 2011 des Amtes 14 i. H. v. 37.673,91 EUR und dem vorgesehenen Übertrag von 7.534,78 EUR wird zugestimmt.
- Mit dem Vorschlag zur Verwendung des Budgetübertrages 2011 i. H. v. 7.534,78 EUR und der Restmittel in der Budgetrücklage des Amtes von 24.025,31 EUR besteht, vorbehaltlich der Beschlussfassung über die Übertragung der Budgetergebnisse durch den Stadtrat, Einverständnis.

#### II. Begründung

##### 1. Ergebnis/Wirkungen

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

Mit der Möglichkeit, 20 % des positiven Budgetergebnisses für sinnvolle Aufgaben des nächsten Jahres verwenden zu können, soll das verantwortungsvolle Wirtschaften des Fachamtes unterstützt und anerkannt werden.

##### 2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

- Das bereinigte Sachkostenbudgetergebnis 2011 des Amtes 14 beträgt - 2.288,17 EUR (2010: - 12.403,48 EUR, 2009: - 1.933,48 EUR).  
Es ist zurückzuführen auf: pauschale Sparvorgaben bei Festsetzung der Haushaltsansätze.  
In den Investitionshaushalt erfolgte kein Übertrag (2010: 0,00 EUR, 2009: 0,00 EUR).
- Das bereinigte Personalkostenbudgetergebnis 2011 des Amtes 14 beträgt 39.962,08 EUR (2010: 116.864,52 EUR, 2009: 20.216,07 EUR).  
Es ist zurückzuführen auf  
- eine teilweise vakante halbe Planstelle sowie  
- nicht ausgeschöpfte Beförderungsmöglichkeiten aufgrund von Wartezeiten.
- Das Arbeitsprogramm 2011 konnte weitgehend wie geplant erfüllt werden. Nicht möglich war die Prüfung des Jahresabschlusses 2009 in Ermangelung desselben.
- Der vorgesehene Übertragungsvorschlag ist der beiliegenden Budgetabrechnung der Kämmererei zu entnehmen.

2.5 Folgende Verwendung des Budgetübertrages ist geplant:

2.5.1 Fortbildung (insbes. neue Kraft in der technischen Prüfung Tiefbau)

2.6 Entwicklung der Budgetergebnisrücklage des Amtes 14 in 2011

	Betrag in EUR
Stand am 01.01.2011	49.025,31
geplante Entnahmen 2011 aufgrund Fachausschussbeschluss vom (28.06.2011)	
für bauliche Maßnahmen im Besprechungsraum der Ämter 31 und 14 1.000,00 EUR	
für Ausgleich eines evtl. Budgetdefizits 48.000,00 EUR	
./. abzüglich der tatsächlichen Entnahmen aufgrund Fachausschussbeschluss	0,00
./.abzüglich freiwillige Rückgabe an den allgemeinen Haushalt	25.000,00
= gegenwärtiger Rücklagenstand	24.025,31
Folgende Verwendung des gegenwärtigen Rücklagenstandes ist geplant:	
2.6.1 Fortbildung	10.000,00
2.6.2 Beratungsleistungen (falls notwendig)	10.000,00
2.6.3 Ausgleich eines evtl. Budgetdefizits	Restbetrag

### 3. Prozesse und Strukturen

(Wie sollen die Programme / Leistungsangebote erbracht werden?)

---

### 4. Ressourcen

(Welche Ressourcen sind zur Realisierung des Leistungsangebotes erforderlich?)

Budgetrücklagenzuführung i. H. v. 7.534,78 EUR

(wird gebucht im Rahmen der Abschlussarbeiten zum Haushalt 2011)

**Anlagen:** Budgetabrechnung des Amtes 14

III. Abstimmung

*siehe Anlage*

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang

Kontenschema			Überschuss-Budget oder Zuschuss- Budget (positives Budget)	Budgetrelevante Änderungen im Laufe des Jahres 2011
14_BUDGET	Erträge	Aufwendungen		
Zeile 254	24.300,00	-9.900,00	14.400,00	<b>beschlossenes Sachmittelbudget (Kontenschema SKO+TF, Mittelherkunft lfd. HH)</b> Veränderungen im Laufe des Abrechnungszeitraums (Mittelherkunftsfilter APL/ÜPL/Sperre)
Zeile 165	0,00	0,00		Summe der Veränderungen im Abrechnungszeitraum (Mittelherkunftsfilter APL/ÜPL/Sperre)

Budgetabrechnung 2011				
Zeile 168	24.300,00	-9.900,00	14.400,00	<b>Fortgeschriebenes Sachmittelbudget (s. "Gesamtansatz" in nsk-Kontenschema XX_BUDGET1, Spaltenlayout DRUCK5)</b>
Zeile 170	19.634,89	-12.323,06	7.311,83	<b>erwirtschaftetes Überschuss-/verbrauchtes Zuschussbudget = Rechnungsergebnis (s. "Bewegung" in nsk-Kontenschema XX_BUDGET1, Spaltenlayout DRUCK5)</b>
	-4.665,11	-2.423,06		Mehrerträge (+) / Mindererträge (-) Mehraufwendungen (+) / Minderaufwendungen (-)
Zeile 174			-7.088,17	<b>Ergebnis Sachmittelbudget</b> Bereinigungen Sachmittelbudget:
			4.800,00	Korrektur der Sparvorgabe 2011 wegen Herausnahme der VKE (da 83,7 % der Gesamterträge, 83,7 % von 5.700,-), vgl. eMail Liebetruth vom 10.03.2011
Zeile 179			-2.288,17	<b>Bereinigtes Ergebnis Sachmittelbudget = Teilergebnis I</b>
Zeile 181			39.962,08	<b>Ergebnis Personalmittelbudget (Wert kommt von Amt 11)</b> Bereinigungen Personalmittelbudget
Zeile 186			39.962,08	<b>Bereinigtes Ergebnis Personalmittelbudget = Teilergebnis II</b>
Zeile 188			37.673,91	<b>Bereinigtes Gesamtergebnis Personal- und Sachmittelbudget (Teilergebnis I + II)</b>
			-30.139,13	abzüglich 80 % Rückgabe gemäß Budgetierungsregel (Rückgabe = Betrag mit Minuszeichen)
				abzüglich freiwillige Rückgabe des Fachamtes (Rückgabe = Betrag mit Minuszeichen)
				plus Entnahme aus der Sonderrücklage des Fachamtes zur Reduzierung des negativen Ergebnisses (kein Vorzeichen)
Zeile 194			7.534,78	<b>Übertragungsvorschlag der Kämmerei für den Fachausschuss/HFPA/Stadtrat</b>

10/17

## Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:  
OBM/14

Verantwortliche/r:  
Rechnungsprüfungsamt

Vorlagennummer:  
14/095/2012

### Prüfung im Personal- und Organisationsamt - Beihilfcenter -

Beratungsfolge	Termin	Ö/N	Vorlagenart	Abstimmung
Rechnungsprüfungsausschuss	05.07.2012	Ö	Beschluss	

#### Beteiligte Dienststellen

#### I. Antrag

Der Bericht des Rechnungsprüfungsamtes vom 08.05.2012 über die Prüfung im Personal- und Organisationsamt - Beihilfcenter - wird zustimmend zur Kenntnis genommen. Die Stellungnahme des Personal- und Organisationsamtes vom 18.05.2012 wurde zur Kenntnis gebracht.

#### II. Begründung

##### 1. Ergebnis/Wirkungen

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

Mit der Beratung und Beschlussfassung im Rechnungsprüfungsausschuss wird der Prüfungsbericht verbindlich.

##### 2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

Die im Prüfungsbericht enthaltenen Prüfungsfeststellungen und -empfehlungen sind vom Personal- und Organisationsamt umzusetzen und zu beachten.

##### 3. Prozesse und Strukturen

(Wie sollen die Programme / Leistungsangebote erbracht werden?)

Steht im pflichtgemäßen Ermessen des Personal- und Organisationsamtes.

##### 4. Ressourcen

(Welche Ressourcen sind zur Realisierung des Leistungsangebotes erforderlich?)

---

III. Abstimmung  
*siehe Anlage*

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang

## Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:  
OBM/14

Verantwortliche/r:  
Rechnungsprüfungsamt

Vorlagennummer:  
**14/097/2012**

### Prüfung in der Gehaltsstelle des Personal- und Organisationsamtes

Beratungsfolge	Termin	Ö/N	Vorlagenart	Abstimmung
Rechnungsprüfungsausschuss	05.07.2012	Ö	Beschluss	

#### Beteiligte Dienststellen

#### I. Antrag

Der Bericht des Rechnungsprüfungsamtes vom 07.05.2012 über die Prüfung in der Gehaltsstelle des Personal- und Organisationsamtes wird zustimmend zur Kenntnis genommen. Die Stellungnahme des Personal- und Organisationsamtes vom 18.05.2012 wurde zur Kenntnis gebracht.

#### II. Begründung

##### 1. Ergebnis/Wirkungen

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

Mit der Beratung und Beschlussfassung im Rechnungsprüfungsausschuss wird der Prüfungsbericht verbindlich.

##### 2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

Die im Prüfungsbericht enthaltenen Prüfungsfeststellungen und -empfehlungen sind vom Personal- und Organisationsamt umzusetzen und zu beachten.

##### 3. Prozesse und Strukturen

(Wie sollen die Programme / Leistungsangebote erbracht werden?)

Steht im pflichtgemäßen Ermessen des Personal- und Organisationsamtes.

##### 4. Ressourcen

(Welche Ressourcen sind zur Realisierung des Leistungsangebotes erforderlich?)

---

III. Abstimmung  
*siehe Anlage*

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang

## Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:  
OBM/14

Verantwortliche/r:  
Rechnungsprüfungsamt

Vorlagennummer:  
14/098/2012

### Prüfung im Standesamt - Friedhofs- und Bestattungswesen

Beratungsfolge	Termin	Ö/N	Vorlagenart	Abstimmung
Rechnungsprüfungsausschuss	05.07.2012	Ö	Beschluss	

#### Beteiligte Dienststellen

#### I. Antrag

Der Bericht des Rechnungsprüfungsamtes vom 07.05.2012 über die Prüfung im Standesamt - Friedhofs- und Bestattungswesen - wird zustimmend zur Kenntnis genommen.

#### II. Begründung

##### 1. Ergebnis/Wirkungen

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

Mit der Beratung und Beschlussfassung im Rechnungsprüfungsausschuss wird der Prüfungsbericht verbindlich. Eine schriftliche Stellungnahme wurde nicht abgegeben.

##### 2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

Die im Prüfungsbericht enthaltenen Prüfungsfeststellungen und -empfehlungen sind vom Standesamt umzusetzen und zu beachten.

##### 3. Prozesse und Strukturen

(Wie sollen die Programme / Leistungsangebote erbracht werden?)

Steht im pflichtgemäßen Ermessen des Standesamtes.

##### 4. Ressourcen

(Welche Ressourcen sind zur Realisierung des Leistungsangebotes erforderlich?)

---

III. Abstimmung  
*siehe Anlage*

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang

## Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:  
OBM/14

Verantwortliche/r:  
Rechnungsprüfungsamt

Vorlagennummer:  
14/102/2012

### Vorprüfung der Schlussrechnung 2011 des Amtes für Arbeit, Soziales und Wohnen und der GGFA AöR für das Bundesministerium für Arbeit und Soziales

Beratungsfolge	Termin	Ö/N	Vorlagenart	Abstimmung
Rechnungsprüfungsausschuss	05.07.2012	Ö	Beschluss	

#### Beteiligte Dienststellen

#### I. Antrag

Der Bericht des Rechnungsprüfungsamtes vom 18.06.2012 über die Vorprüfung der Schlussrechnung 2011 des Amtes für Soziales, Arbeit und Wohnen und der GGFA AöR für das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) wird zur Kenntnis genommen.

#### II. Begründung

##### 1. Ergebnis/Wirkungen

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

Mit der Beratung und Beschlussfassung im Rechnungsprüfungsausschuss wird der Prüfungsbericht verbindlich.

##### 2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

Der Prüfungsbericht ist die Grundlage für das vom BMAS geforderte Testat des Rechnungsprüfungsamtes vom 18.06.2012 (Anlage 2a des Prüfungsberichtes).

##### 3. Prozesse und Strukturen

(Wie sollen die Programme / Leistungsangebote erbracht werden?)

---

##### 4. Ressourcen

(Welche Ressourcen sind zur Realisierung des Leistungsangebotes erforderlich?)

---

III. Abstimmung  
*siehe Anlage*

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang

## Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:  
OBM/14

Verantwortliche/r:  
Rechnungsprüfungsamt

Vorlagennummer:  
14/103/2012

### Örtliche Prüfung des Jahresabschlusses des Entwässerungsbetriebes (EBE) für das Wirtschaftsjahr 2011

Beratungsfolge	Termin	Ö/N	Vorlagenart	Abstimmung
Rechnungsprüfungsausschuss	05.07.2012	Ö	Beschluss	

#### Beteiligte Dienststellen

#### I. Antrag

Der Bericht des Rechnungsprüfungsamtes vom 21.06.2012 über die Prüfung des Jahresabschlusses des Entwässerungsbetriebes (EBE) für das Wirtschaftsjahr 2011 wird zustimmend zur Kenntnis genommen.

Dem Stadtrat wird vorgeschlagen,

- den Jahresabschluss 2011 gemäß Art. 102 Abs. 3 GO festzustellen und
- der Werkleitung für das Wirtschaftsjahr 2011 Entlastung zu erteilen.

#### II. Begründung

##### 1. Ergebnis/Wirkungen

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

Mit der Beratung und Beschlussfassung im Rechnungsprüfungsausschuss wird der Prüfungsbericht verbindlich. Eine schriftliche Stellungnahme wurde nicht abgegeben.

##### 2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

Die örtliche Prüfung des Jahresabschlusses war innerhalb von 12 Monaten nach Abschluss des Wirtschaftsjahres durchzuführen (Art. 103 Abs. 4 GO).

Mit der Vorlage des Berichtes vom 21.06.2012 über die örtliche Prüfung des Jahresabschlusses 2011 nahm das Rechnungsprüfungsamt seine Aufgabe nach Art. 103 Abs. 3 GO wahr.

Der Bericht dient dem Rechnungsprüfungsausschuss als Grundlage zur Beurteilung, ob dem Stadtrat vorgeschlagen werden kann, den Jahresabschluss gemäß Art. 102 Abs. 3 GO festzustellen und der Werkleitung Entlastung zu erteilen.

##### 3. Prozesse und Strukturen

(Wie sollen die Programme / Leistungsangebote erbracht werden?)

---

##### 4. Ressourcen

(Welche Ressourcen sind zur Realisierung des Leistungsangebotes erforderlich?)

---

III. Abstimmung  
*siehe Anlage*

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang

## Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:  
OBM/14

Verantwortliche/r:  
Rechnungsprüfungsamt

Vorlagennummer:  
14/099/2012

### Betätigungsprüfung bei der Erlanger Stadtwerke AG (EStW AG) - Geschäftsjahre 2008 bis 2010 -

Beratungsfolge	Termin	Ö/N	Vorlagenart	Abstimmung
Rechnungsprüfungsausschuss	05.07.2012	Ö	Beschluss	

#### Beteiligte Dienststellen

#### I. Antrag

Der Bericht des Rechnungsprüfungsamtes vom 19.06.2012 über die Betätigungsprüfung bei der Erlangen Stadtwerke AG (EStW) - Geschäftsjahre 2008 bis 2010 - wird zustimmend zur Kenntnis genommen.

#### II. Begründung

##### 1. Ergebnis/Wirkungen

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

Mit der Beratung und Beschlussfassung im Rechnungsprüfungsausschuss wird der Prüfungsbericht verbindlich. Betreuungsreferat und Beteiligungsmanagement haben auf eine Stellungnahme verzichtet.

##### 2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

Die im Prüfungsbericht enthaltenen Prüfungsfeststellungen und -empfehlungen sind umzusetzen und zu beachten.

##### 3. Prozesse und Strukturen

(Wie sollen die Programme / Leistungsangebote erbracht werden?)

Steht im pflichtgemäßen Ermessen der beteiligten Dienststellen.

##### 4. Ressourcen

(Welche Ressourcen sind zur Realisierung des Leistungsangebotes erforderlich?)

---

III. Abstimmung  
*siehe Anlage*

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang

# Inhaltsverzeichnis

Sitzungsdokumente	
Einladung -öffentlich-	1
Vorlagendokumente	
TOP Ö 1.1 Querschnittsprüfung bzgl. ex-ante- und ex-post-Veröffentlichungspflic	
Mitteilung zur Kenntnis 14/105/2012	3
Anlage 1: Prüfungsvermerk vom 15.05.2012 14/105/2012	4
Anlage 2: Tabellarische Zusammenstellung der Auswertung 14/105/2012	6
TOP Ö 1.2 Neufassung der Analyse über das Gefährdungspotential bei der Stadt Er	
Mitteilung zur Kenntnis 14/104/2012	7
TOP Ö 2 Übertragung und Verwendung des Budgetergebnisses 2011 des Amtes 14	
Beschlussvorlage 14/094/2012	8
Anlage 3: Budgetabrechnung des Amtes 14 14/094/2012	10
TOP Ö 3 Prüfung im Personal- und Organisationsamt - Beihilfecenter -	
Beschlussvorlage 14/095/2012	11
TOP Ö 4 Prüfung in der Gehaltsstelle des Personal- und Organisationsamtes	
Beschlussvorlage 14/097/2012	12
TOP Ö 5 Prüfung im Standesamt - Friedhofs- und Bestattungswesen	
Beschlussvorlage 14/098/2012	13
TOP Ö 6 Vorprüfung der Schlussrechnung 2011 des Amtes für Arbeit, Soziales und	
Beschlussvorlage 14/102/2012	14
TOP Ö 7 Örtliche Prüfung des Jahresabschlusses des Entwässerungsbetriebes (EBE)	
Beschlussvorlage 14/103/2012	15
TOP Ö 8 Betätigungsprüfung bei der Erlanger Stadtwerke AG (EStW AG) - Geschäfts	
Beschlussvorlage 14/099/2012	17
Inhaltsverzeichnis	18